

Sicherheit in der Bundeshauptstadt

Autor(en): **Wegmüller, Hans / Käser, Hans-Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **176 (2010)**

Heft 04

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-109346>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sicherheit in der Bundeshauptstadt

Der Sicherheit in der Bundeshauptstadt mit Sitz der Regierung, des eidgenössischen Parlaments und der ausländischen Botschaften kommt nicht nur regionale, sondern nationale und internationale Bedeutung zu. Die Diskussion, die durch die Abstimmung über die Initiative «Für eine sichere Stadt Bern» kürzlich entfacht wurde, war denn auch durchaus notwendig.

Hans Wegmüller, Redaktor ASMZ

Herr Regierungspräsident, am 7. März haben die Stadtberner Stimmberechtigten beschlossen, dass die uniformierte Polizeipräsenz in der Bundeshauptstadt erhöht werden soll. Allerdings nicht in dem Masse, wie es die Initiative verlangt hatte, aber doch im Sinne des Gegenvorschlages der Regierung, der wohl ohne FDP-Initiative kaum vorgelegt worden wäre. Was sagen Sie zu diesem Entscheid?

Die Stimmenden in der Stadt Bern haben erkannt, dass vermehrte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum das subjektive Sicherheitsempfinden stärkt. Zudem haben sie mit der Annahme des Gegenvorschlages den seinerzeitigen Entscheid der Stadtregierung, die Synergiegewinne bei der Fusion der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei (3 Mio. Franken) «in cash» zu beziehen statt in Frontstellen, teilweise korrigiert.

Im Gespräch über die Sicherheitslage in der Stadt Bern.

Bilder: Red. ASMZ



Wird Bern mit diesem Entscheid sicherer?

Wenn man unter Sicherheit in erster Linie das subjektive Empfinden der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt versteht, dann ja. Ich bin überzeugt, dass sie sich sicherer fühlen, wenn auf den

Die letzte echte Bestandeserhöhung bei der Polizei in der Stadt Bern fand 1982 statt.

Strassen vermehrt uniformierte Polizistinnen und Polizisten anzutreffen sind. Auf der anderen Seite bedeutet mehr Polizeipräsenz nicht automatisch weniger Kriminalität.

Die häufige Medienberichterstattung über gravierende Erscheinungen wie Raubüberfälle, Jugendgewalt, Gewalt rund um die

Sportstadien und Vandalismus verunsichert viele Menschen. Wie beurteilen Sie die aktuelle Sicherheitslage in der Stadt Bern?

Auf der einen Seite darf Bern als relativ sichere Stadt bezeichnet werden. In einer Studie der deutschen Beratungsgesellschaft Mercer aus dem Jahr 2008 belegte Bern punkto Sicherheit den zweiten Platz hinter Luxemburg – nota bene unter 350 Städten auf der ganzen Welt. Auch die Kriminalstatistik zeigt für die letzten Jahre keinen wesentlichen Anstieg der Deliktzahlen. Auf der anderen Seite gibt es Entwicklungen und Probleme, die mir massiv zu denken geben – allen voran die zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft. Dabei geht es gar nicht primär um die Menge der Straftaten. Erschreckender scheint mir die Art und Weise der Gewaltanwendung. Da wird bisweilen wahl- und grundlos dreingeschlagen, auch wenn das Opfer längst wehrlos am Boden liegt. Besonders häufig geschehen Gewalttaten unter dem Einfluss von Alkohol und Drogen. Zu denken gibt mir insbesondere der hohe Anteil Jugendlicher unter den Tätern. Ein weiteres bedenkliches Phänomen der letzten Jahre ist die zunehmende Gewalt rund um die Sportstadien. In den letzten zehn Jahren hat sich der polizeiliche Aufwand in diesem Zusammenhang mehr als verzehnfacht. Diese Einsätze binden dann wieder Polizeikräfte, die anderswo dringend gebraucht würden.

Die Diskussion über die Sicherheitsinitiative hat gezeigt, dass sich viele Bürger in der Hauptstadt offenbar subjektiv nicht mehr sicher fühlen.

Wenn ich mit Bürgern spreche, stelle ich tatsächlich immer wieder fest, dass ihr Bauchgefühl punkto Sicherheit in letzter Zeit massiv gelitten hat. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein wesentlicher Faktor aber steht für mich ausser Frage: Seit den Umwälzungen von 1968 werden Autoritäten jeglicher Art allenthalben in Frage gestellt,

abgebaut und systematisch lächerlich gemacht. Das kriegen meine Polizistinnen und Polizisten im Alltag am eigenen Leib zu spüren. Dieser Entwicklung müssen wir dringend Einhalt gebieten. Autoritätspersonen – seien es nun Eltern, Lehrkräfte oder Polizisten – müssen endlich wieder den Respekt erhalten, den sie verdienen. Diese Aufgabe kann nicht einfach an die Polizei delegiert werden – hier ist jede und jeder Einzelne gefordert.

Auch von Seiten der Polizei wurde in den letzten Jahren wiederholt die Forderung nach einer Aufstockung der Bestände gestellt. Ist die Sicherheit – insbesondere in der Bundesstadt – mit den heute vorhandenen Ressourcen überhaupt noch zu gewährleisten?

Die Intervention – also die Ahndung von Straftaten – ist grundsätzlich gewährleistet. Etwas anderes ist schon vom Gesetz her gar nicht möglich. Allerdings kann es sein, dass es bei geringfügigen Fällen etwas länger dauert, bis eine Patrouille vor Ort ist. Man muss sich vor Augen halten, unter welchem enormen Druck das Korps

Die Stimmenden in der Stadt Bern haben den seinerzeitigen Entscheid der Stadtregierung, die Synergiegewinne bei der Fusion der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei (3 Mio. Franken) «in cash» zu beziehen statt in Frontstellen, teilweise korrigiert.

steht. Die letzte echte Bestandserhöhung in der Stadt Bern fand 1982 statt. Auf der anderen Seite sind die Aufgaben der Polizei in den letzten Jahren wesentlich umfangreicher, komplexer und aufwändiger geworden. Das bedeutet für den einzelnen Polizisten eine enorme Belastung.

Seit Anfang 2008 wurden sämtliche kommunalen Polizeikörper in die Kantonspolizei Bern integriert, angefangen mit der

Stadtpolizei Bern. Welche Erfahrungen haben Sie mit der Fusion gemacht?

Nach vier Jahren im Regierungsrat und zwei Jahren Erfahrung mit «Police Bern» muss ich sagen, dass sie sich im Alltag absolut bewährt hat. Dank ihrer Grösse und einheitlichen Struktur ist die Kantonspolizei Bern in der Lage, auf die Herausforderungen im Sicherheitsbereich flexibel zu reagieren – nicht nur in der Stadt Bern, sondern im ganzen Kanton. Andererseits liegt auf der Hand, dass ein Integrationsprozess von solchen Dimensionen nicht reibungslos über die Bühne geht.

Welche Kompetenzen in der öffentlichen Sicherheit sind der Stadtregierung geblieben?

Grundsätzlich ist es immer noch die Stadt, welche die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit trägt. Meine Kantonspolizei erbringt in diesem Bereich lediglich die Leistungen, welche die Stadt beim Kanton einkauft. Diese kann der Polizei strategische Vorgaben machen und Schwerpunkte für die Polizeiarbeit setzen – ob das nun «Littering», Vandalismus oder Nachtruhestörung sei. Es wird in den kommenden Jahren zu diskutieren sein, ob die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit nicht grundsätzlich zum Kanton übergehen soll.

Wie relevant ist der quasi rechtsfreie Raum der Reitschule, der seit Jahren von der Stadtregierung geduldet wird, für die Sicherheitslage in der Stadt?

Eine einladende Visitenkarte für die Bundesstadt ist die «Reithalle» ja wirklich nicht! Die Stadtregierung toleriert dieses alternative Kulturzentrum. Für die Kantonspolizei ist die Situation nicht gerade einfach, namentlich auch, weil in nächster Nähe die offizielle Drogenabgabe angesiedelt ist. Nun, meine Leute haben einen modus vivendi gefunden.

Was kann die Stadt zur Erhöhung der Sicherheit beitragen?

Die Stadt hat grossen Einfluss auf die Rahmenbedingungen der Polizeiarbeit – etwa indem sie bei Demo-Bewilligungen Auflagen erlässt. Ein neues Mittel, für das wir letztes Jahr die gesetzliche Grundlage geschaffen haben, ist die Videoüberwachung. Leider hat es der Stadtrat (Parlament) abgelehnt, dieses Instrument im öffentlichen Raum einzusetzen.

Herr Regierungspräsident, ich danke Ihnen für das Gespräch. ■



Hans-Jürg Käser

Regierungspräsident des Kantons Bern (FDP)
Vorsteher der Polizei- und Militärdirektion
Jahrgang: 1949
Zivilstand: verheiratet

- Nach den Schulen in Langenthal und der Wirtschaftsmatura in Olten (1968) Studium an der Universität Bern (phil. hist.).
- Ausgedehnte Auslandsaufenthalte in Montpellier, Dijon und in England.
- Sekundarlehrer in Küssnacht am Rigi, dann in Langenthal.
- 1990–1994 Rektor Sekundarschule/Untergymnasium Langenthal.
- Von 1995 bis Mai 2006 hauptamtlicher Stadtpräsident von Langenthal.
- 1998–2006 Mitglied des Grossen Rates des Kantons Bern, davon die letzten zwei Jahre Fraktionspräsident der FDP.
- Seit 1. Juni 2006 Polizei- und Militärdirektor des Kantons Bern.

Militär

- Kdt Fk Kp 45, dann Kdt Uem Kp II/45
- Kdt Uem Abt 45
- Chef Uem D Astt Rgt 700
- 1996–1999 Kdt HQ Rgt 2 (Infanterieregiment des Bundesrates)

Interessen

- Weltgeschehen allgemein
- Lesen (Weltliteratur, historische Romane, 2. Weltkrieg, sehr gerne auch Krimis)
- Kulturelles, Garten, My home is my castle
- Oldtimer (Autos und Dampflokomotiven)